

Doppelinitiative für bezahlbare Wohnungen

WOHNEN THUN • Eine Doppelinitiative in Thun fordert mehr preisgünstige Wohnungen. Dies soll vor allem durch den Bau von Genossenschaftswohnungen erreicht werden.

In Thun seien bezahlbare Wohnungen Mangelware. Deshalb wurde eine Doppelinitiative für bezahlbaren Wohnraum lanciert. Hinter der Initiative stehen acht Thuner Wohnbaugenossenschaften, der Mieterinnen- und Mieterverband, der Gewerkschaftsbund, die SP, die JUSO, Grüne und Junge Grüne sowie weitere Organisationen. Die Initiative gründet darauf, dass in Thun bald viel gebaut wird. So werden in der Bostudenzelg und auf dem Siegenthalergut neue Wohnquartiere entstehen. «Wichtig ist, dass dort möglichst viele preisgünstige Wohnungen durch gemeinnützige Wohnbauträger erstellt werden können», fordert Adrian Christen, Co-Präsident der Wohnbaugenossenschaft «Zukunft Wohnen» und Thuner SP-Stadtrat. Dass in Thun Wohnungsnot herrsche, sei keine Panikmache, sondern eine statistisch erfasste Realität. Dies betont Sandra Rupp, Präsidentin des Mieterinnen- und Mieterverbands Regionalgruppe Thun-Oberland. «Ein Leerwohnungsbestand unter einem Prozent wird als Wohnungsnot definiert. In Thun liegt dieser Anteil seit Jahren darunter, 2021 gar bei 0,17 Prozent», führt Sandra Rupp weiter aus.

20 Prozent günstiger

Die «Initiative für bezahlbare Wohnungen» verlangt, dass sich im Jahr 2035 mindestens 15 Prozent der Wohnungen in der Gemeinde Thun im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgern befinden. Die «Bostudenzelg-Initiative» – der zweite Teil des Initiativduos – fordert einen Mindestanteil von 50 Prozent gemeinnützige Wohnungen «im Perimeter der Überbauungsordnung Bläuerstrasse-Bostudenzelg». Die beiden Initiativen wurden im Doppel lanciert, das Initiativkomitee muss nun innerhalb von zwölf Monaten je 1600 Unterschriften für die beiden Anliegen sammeln.

Dass Wohnungen von Wohnbaugenossenschaften günstiger seien als der Durchschnitt, haben gemäss dem Initiativkomitee Studien im Auftrag des Bundes gezeigt. So seien solche Wohnungen über die Jahre hinweg 20 Pro-



Mehr Genossenschaftswohnungen in Thun gefordert – wie hier die Freistatt, die bald erneuert werden soll.

BLB

zent günstiger. Der Grund dafür liege in der Gemeinnützigkeit. So bemühen sich die Wohnbaugenossenschaft um eine möglichst gute Durchmischung der Bewohnerschaft. Die Genossenschaften richten sich nicht nur an eine einzige Bevölkerungsgruppe, sondern an verschiedene, wie beispielsweise auch Personen im Alter. «In der Siedlung der Bau- und Wohngenossenschaft Nünenen an der Pestalozzistrasse wohnen 55 Personen, die über 75-jährig sind», sagt Ruth Guldimann, Präsidentin der BWG Nünenen. «Wir bieten unseren Se-

nioren und Senioren nicht nur langfristig preisgünstige Wohnungen an, sondern auch die Sicherheit, dass sie in ihren Wohnungen bleiben können.» Doch auch Familien können finanziell von gemeinnützigen Wohnungen profitieren. Zudem kann man in einem solchen Umfeld mitgestalten und mitbestimmen.

Startklar

Der gemeinnützige Wohnungsbau ist gemäss dem Initiativkomitee ein Trend. In Bern und Biel läuft zurzeit viel in die-

se Richtung. Die Stadt Biel beispielsweise will den Anteil an gemeinnützigen Wohnungen bis 2035 auf 20 Prozent erhöhen. In Thun selber ist der Marktanteil gemeinnütziger Wohnungen gemäss dem Komitee im Abwärtstrend. Im Jahr 2000 betrug der Anteil noch 13,1 Prozent, heute nur noch 10 Prozent. Dies, obwohl die Thuner Wohnbaugenossenschaften startklar seien. So wollen in der Bostudenzelg acht Genossenschaften insgesamt 300 Wohnungen erstellen. Das wäre eine Investition von rund 120 Millionen Franken.

Adrian Hauser

Tempo 30 im Siedlungsgebiet?

VERKEHR THUN • In Thun wurden zwei Vorstösse zu Tempo 30 eingereicht. Eine Petition für die Schulstrasse und ein Postulat verschiedener Fraktionen für das gesamte Siedlungsgebiet. Der Gemeinderat nimmt die Anliegen ernst.

In der Stadt Thun wurde eine Petition eingereicht, um an der Schulstrasse Tempo 30 einzuführen. Dies, um die Sicherheit zu erhöhen und die Lärmemissionen zu minimieren. Für die Urheber der Petition weist die Schulstrasse diverse sicherheitskritische Schwachstellen auf. Obwohl sich die Durchfahrtsstrasse im Schulbereich befindet, gilt Tempo 50 und nicht Tempo 30. Zudem ist nur ein einseitiges Trottoir vorhanden, die Petition bemängelte auch mangelnde Verträglichkeit von bewohnter Siedlung und Verkehr. Die gültigen Normen zu Strassenbreite, Geschwindigkeit und Fahrzeugbegegnungen würden an den meisten Stellen nicht eingehalten. Die Strasse sei zu schmal für sichere Kreuzungen von Personwagen und Lastwagen. Mit der Einführung von Tempo 30 würden gemäss der Petition mehrere Ziele erreicht. So etwa eine Senkung der Lärmbelastung sowie eine Erhöhung der Sicherheit. Ausserdem würden mit einer Senkung der Geschwindigkeit auch die Normen zur Strassenbreite ohne bauliche Eingriffe erfüllt.

Gesamtkonzept im Rückstand

Die Petition wurde mit rund 1200 Unterschriften Anfang Juni dem Stadtschreiber übergeben. In seiner Antwort



Tempo 30 für mehr Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden.

pixabay

auf die Petition räumt der Gemeinderat von Thun ein, dass «im Grundsatz» die Kriterien für eine Prüfung von Tempo 30 auf der Schulstrasse erfüllt seien. Jedoch sei angesichts des anstehenden Betriebs- und Gestaltungskonzepts für die Quartiere Neufeld und Dürrenast eine vorgezogene Einführung von Tempo 30 nicht zielführend. Dem Gemeinderat ist wichtig, dass die Gesamtsicht der Quartiere sowie alle wichtigen

Faktoren mitberücksichtigt werden. Er fasst ein umfassendes und konsolidiertes Massnahmenpaket ins Auge. Dabei soll die Koexistenz des öffentlichen Verkehrs, des Velo- und Fussgängerverkehrs sowie des motorisierten Individualverkehrs berücksichtigt werden. Doch «angesichts der eingegangenen Petition anerkennt der Gemeinderat die Wichtigkeit und Dringlichkeit des Anliegens».

Mit der Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes ist der Gemeinderat allerdings im Rückstand. Die Arbeiten hätten im vierten Quartal dieses Jahres starten sollen und werden sich verzögern. Deshalb will der Gemeinderat die Situation an der Schulstrasse «sogelöst» vom Gesamtkonzept aber nicht «präjudizierend» betrachten. Dies in Form eines Pilotprojektes, das auch Erkenntnisse für das Gesamtkonzept liefern soll. So sollen an der Schulstrasse ab Sommer 2023 «versuchsweise Verkehrsplanungen lanciert werden».

Postulat

«Tempo 30» in Thun wurde nicht nur mit der Petition für die Schulstrasse thematisiert. Ein Postulat der Fraktionen SP, GLP, EVP, EDU und Grüne bittet den Gemeinderat, die Ausarbeitung eines Konzeptes zur generellen Einführung von Tempo 30 im Siedlungsgebiet der Stadt Thun zu prüfen. Dies unter Berücksichtigung von zwei Varianten. Die eine Variante soll das gesamte Strassennetz der Stadt Thun innerhalb des Siedlungsgebietes umfassen. Die zweite Variante soll das Strassennetz der Stadt innerhalb des Siedlungsgebietes betrachten mit Ausnahme der Strassenkategorie «Durchleiten».

Adrian Hauser

NACHRICHTEN

Wechsel bei Grünen

STADTRAT THUN • Die Thuner Stadträtin Sarah Zaugg (Grüne) hat im Parlament ihre Demission eingereicht und am 1. September letztmals an einer Sitzung des Stadtrats teilgenommen. Für sie wird Natalie Althaus (Grüne) im Stadtrat einzusetzen. Alle auf der Liste der Grünen verbliebenen Ersatzpersonen haben den Verzicht auf das Nachrücken erklärt oder sind von Thun weggezogen. Deshalb wurde die 51-jährige kaufmännische Angestellte und Ernährungsberaterin Natalie Althaus vom Vorstand der Grünen vorgeschlagen und vom Gemeinderat gewählt. Die Wahl gilt bis zum Ablauf der Legislatur Ende 2022.

Gemeindewahlen

WAHLEN THUN • Am 27. November wählen die Thuner Stimmberechtigten das Stadtpräsidium, die fünf Mitglieder des Gemeinderates und die 40 Mitglieder des Stadtrates. Für den Gemeinderat kandidieren 16 Männer und 11 Frauen. Für das Stadtpräsidium kandidieren neben dem bisherigen Stadtpräsidenten Raphael Lanz die Gemeinderätin Andrea de Meuron und Daljan Paolo Tamacere.

Polizeileistungen

POLIZEI THUN • Die Stadt Thun und der Kanton Bern einigten sich bei den Verhandlungen rund um den Einkauf von Polizeileistungen per 1. Januar 2023 auf ein neues Modell. Solange der FC Thun in der Challenge League spielt, kann die Stadt dadurch rund 439'000 Franken pro Jahr einsparen. Denn es müssen jährlich 4600 Polizeistunden weniger beim Kanton eingekauft werden. Falls der FC Thun wieder in die Super League aufsteigt, erhöhen sich die Kosten maximal bis zum bisher gültigen Betrag.

Neue Leitern

WASSERZUGANG THUN • Die Stadt Thun montierte zwischen der Bächmatte und dem Thunerhof an der Ufermauer 16 neue Metallleitern. Damit kommt die Stadt dem Wunsch der Bevölkerung nach, die mittels Petition bessere Zugänge zum Wasser gefordert hatte. Aus Sicherheitsgründen wurde jedoch auf die Installation von Türen im Geländer verzichtet. Die Leitern sind zudem so konzipiert, dass sie zum Beispiel im Fall eines Hochwassers rasch demontiert werden können.

INSERAT

JA zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

«Mit dieser Vorlage wollen wir Finanzierungsmöglichkeiten in der Schweiz attraktiver machen und somit Steuern wieder zurück in die Schweiz holen. Davon haben wir alle etwas.»

Claudine Esseiva
Grossrätin

verrechnungsteuer-ja.ch